



Alternativantrag

der Fraktion der FDP

zu „Schließungen von Geburtskliniken sofort stoppen – Unhaltbare Zustände beenden“ (Drs. 20/224)

Qualitativ hochwertige Geburtshilfe für Schleswig-Holstein sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- die Geburtshilfe an den beiden Standorten des UKSH nachhaltig zu stärken;
- mit dem Hamburger Senat Gespräche über ein gemeinsames Versorgungsabkommen im Bereich der Geburtshilfe/Pädiatrie aufzunehmen;
- eine gemeinsame Krankenhausplanung mit Hamburg vorzubereiten;
- dafür Sorge zu tragen, dass geburtshilfliche Betten nicht in Betten anderer Fachrichtungen umgewidmet werden;
- dass die oberste Planungsbehörde bei Rückgabe von Versorgungsverträgen im Bereich der Geburtshilfe nur in absoluten - versorgungsrelevanten - Ausnahmefällen Genehmigungen für Betten anderer Fachrichtungen erteilt. Die Verbesserung der Erlössituation stellt hierbei in der Regel keinen versorgungsrelevanten Ausnahmefall dar;
- auf Bundesebene die verabredete Neuordnung der Krankenhausfinanzierung mit Nachdruck zu unterstützen. Hierzu zählt auch das Vorziehen einer auskömmlichen Finanzierungsregelung, unter anderem für den Fachbereich der Geburtshilfe.

Dr. Heiner Garg
und Fraktion